

Fragen

für die Fragestunde der 223. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 21. April 2021

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Akbulut, Gökay (DIE LINKE.)	46, 47	Kindler, Sven-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	21, 22
Badum, Lisa (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	23, 24	Klein, Karsten (FDP)	83, 84
Bayram, Canan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	60, 61	Klein-Schmeink, Maria (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	77, 78
Brandner, Stephan (AfD)	9, 10	Kluckert, Daniela (FDP)	11, 12
Busen, Karlheinz (FDP)	25	Konrad, Carina (FDP)	30, 73
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	51, 52	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	28, 29
De Masi, Fabio (DIE LINKE.)	37, 38	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	14, 55
Friesen, Anton, Dr. (AfD)	32, 43	Kühn, Christian (Tübingen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	53, 54
Gastel, Matthias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	1, 2	Kulitz, Alexander (FDP)	67, 68
Gelbhaar, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	3, 4	Luksic, Oliver (FDP)	17, 18
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	69	Neu, Alexander S., Dr. (DIE LINKE.)	49, 70
Hahn, André, Dr. (DIE LINKE.)	41, 42	Peterka, Tobias Matthias (AfD)	75, 76
Herbst, Torsten (FDP)	7, 8	Pflüger, Tobias (DIE LINKE.)	71, 72
Hoffmann, Christoph, Dr. (FDP)	5, 6	Polat, Filiz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	44, 65
Hohmann, Martin (AfD)	45, 85	Renner, Martina (DIE LINKE.)	40, 57
Holtz, Ottmar von (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	33, 34	Reuther, Bernd (FDP)	13, 74
Huber, Johannes (AfD)	15, 16	Rottmann, Manuela, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	58
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	48, 64	Sarrazin, Manuel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	50
Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	39, 66	Schmidt, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	19, 20
Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	35, 36		

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Schreiber, Eva-Maria (DIE LINKE.)31, 59	Zimmermann, Sabine (Zwickau) (DIE LINKE.)62, 63
Schulz-Asche, Kordula (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)81, 82	Zimmermann, Pia (DIE LINKE.)79, 80
Skudelny, Judith (FDP)26, 27		
Verlinden, Julia, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) 56		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat	12
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	15
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie	17
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz	18
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales	20
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	22
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft	23
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	23

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr
und digitale Infrastruktur**

1. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wann wird das Ergebnis der gesamtwirtschaftlichen Bewertung der Infrastrukturmaßnahmen für den Deutschlandtakt (Bundesschienenwegeausbaugesetz, Potentieller Bedarf „Deutschlandtakt“) vorliegen, und hat die Bundesregierung bereits Kenntnisse über das Ergebnis (vgl. die vorläufige Verkündung bei der Untersuchung des „Gäubahntunnels“, www.neckar-chronik.de/Nachrichten/Herrmann-warnt-Das-ist-nicht-serioes-488764.html)?
2. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Änderungen plant die Bundesregierung bei den Bewertungsmethodiken (Methodik des Bundesverkehrswegeplans und standardisierter Bewertung) zur Elektrifizierung von Bahnstrecken des Bundes, und sind weitere Änderungen der Bewertungsmethodiken zur Stärkung von beispielsweise Resilienz oder Betriebsqualität geplant?
3. Abgeordneter
Stefan Gelbhaar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Vertragsstrafen werden in den Verträgen inhaltlich konkret festgehalten, die die Autobahn GmbH des Bundes mit den Baufirmen abschließt bei der Nichteinhaltung der Zahlungsziele, und in welcher Höhe belaufen sich die Mahnkosten, die für nicht- bzw. zu spät gezahlte Rechnungen seit dem Start der Autobahn GmbH des Bundes bereits angefallen sind (bitte nach Monaten aufschlüsseln seit Januar 2021, www.handelsblatt.com/politik/deutschland/staatsgesellschaften-bauwirtschaft-wartet-auf-650-millionen-euro-von-der-autobahn-gmbh/27014528.html?ticket=ST-1492399-CH1P1qRgK1wtPtYITquP-ap3)?
4. Abgeordneter
Stefan Gelbhaar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

In welchem Umfang hat die Bundesregierung Rückbaumaßnahmen von Bundesfernstraßen in den vergangenen zehn Jahren durchgeführt, und inwiefern ist es nach Auffassung der Bundesregierung möglich, den Rückbau einer Autobahn in den Bundesverkehrswegeplan aufzunehmen?

5. Abgeordneter
Dr. Christoph Hoffmann
(FDP)
- Kommt es nach Kenntnis der Bundesregierung zu weiteren Verzögerungen bei der Überbrückung der A 98 im Abschnitt 5, nachdem der Bund lediglich eine Minimalplanung mit 79 m Überdeckung vorgenommen hatte, die laut Regierungspräsidium Freiburg im Planfeststellungsverfahren als nicht genehmigungsfähig erachtet wird (www.badische-zeitung.de/autobahn-gmbh-erteilt-dem-langen-tunnel-bei-karsau-minseln-eine-absage--200299805.html), und wie bewertet die Bundesregierung die lokal präferierte 390 m lange Überdeckung im Abschnitt 5 (ebd.)?
6. Abgeordneter
Dr. Christoph Hoffmann
(FDP)
- Sind der Bundesregierung Fälle bekannt, in denen Bundesländer ihren regulären Förderanteil von 40 Prozent der vom Bund festgestellten zuwendungsfähigen Ausgaben im Rahmen des Bundesförderprogramms „Förderung zur Unterstützung des Breitbandausbaus in der Bundesrepublik Deutschland“ gesenkt haben, nachdem der Bund für finanzschwache Kommunen den Eigenanteil von 10 Prozent übernommen hat, und wie bewertet die Bundesregierung dieses Vorgehen mit Blick auf die Umsetzung der betroffenen Fördervorhaben?
7. Abgeordneter
Torsten Herbst
(FDP)
- Bis wann plant die Bundesregierung, das laufende Notifizierungsverfahren zur Freigabe der angekündigten Eigenkapitalerhöhung zum Ausgleich für angefallene Corona-Schäden für die Deutsche Bahn AG mit der Europäischen Kommission abzuschließen, und was sind die Gründe dafür, dass das Verfahren nicht, wie vom Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur Andreas Scheuer am 25. Februar 2021 angekündigt, „in den kommenden Wochen“ abgeschlossen werden konnte (vgl. dazu Pressekonferenz zur Vorstellung des 1000-Bahnhöfe-Programms am 25. Februar 2021, www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Pressemitteilungen/2021/019-scheuer-bahnhofskonzept-plus.html)?
8. Abgeordneter
Torsten Herbst
(FDP)
- Wie viele der im Rahmen des Corona-Konjunkturpakets zusätzlich bereitgestellten Mittel in Höhe von 680 Mio. Euro für Bundesstraßen und Bundesautobahnen sind bis heute abgeflossen, und welche konkreten Projekte konnten damit schneller als ursprünglich geplant realisiert werden (www.verkehrsrundschau.de/nachrichten/koalition-steckt-trotz-corona-krise-mehr-geld-in-strassenbau-2637008.html)?
9. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD)
- Wie bewertet die Bundesregierung den Start der bundeseigenen Autobahn GmbH des Bundes?

10. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD) Was waren nach Ansicht der Bundesregierung die zehn größten Erfolge des Bundesministers für Verkehr und digitale Infrastruktur Andreas Scheuer in der aktuellen Legislaturperiode?
11. Abgeordnete
Daniela Kluckert
(FDP) Welche Auswirkungen hatte die Corona-Pandemie nach Kenntnis der Bundesregierung auf den Abruf der finanziellen Mittel, welche im Rahmen des Bundesförderprogramms für den Breitbandausbau bereitgestellt wurden (www.tagesschau.de/investigativ/kontraste/breitbandausbau-103.html)?
12. Abgeordnete
Daniela Kluckert
(FDP) Wurde die von der Bundesregierung angekündigte Anhebung der Gewichtsgrenzen um bis zu 2 Tonnen für Lkw mit emissionsfreien Antrieben bereits umgesetzt, und wenn nein, bis wann ist mit deren Umsetzung zu rechnen (www.verkehrsrundschau.de/nachrichten/bis-zu-zwei-tonnen-mehr-gewicht-fuer-alternative-antriebe-2641009.html)?
13. Abgeordneter
Bernd Reuther
(FDP) Ist die Bundesregierung dazu bereit, der Flughafen Berlin Brandenburg GmbH weitere Finanzmittel zur Verfügung zu stellen, wenn die Passagierprognose von 10 Millionen Reisenden für das Jahr 2021 nicht erfüllt wird, wie die momentane Entwicklung andeutet (www.berlin-airport.de/de/presse/presseinformationen/mitteilungen-archiv/2021/2021-03-03-verkehrsbericht/index.php#:~:text=Im%20Februar%20wurden%20am%20Flughafen,waren%20die%20Passagierzahlen%20extrem%20niedrig)?
14. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Wie viele Kilometer neue Bundesfernstraßen (inkl. neuer Fahrbahnen) wurden in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2020 fertiggestellt, und wie stellt sich das Ausgabenverhältnis neugebauter Radwege an Bundesfernstraßen versus neugebauter Bundesfernstraßen (inkl. neuer Fahrbahnen) in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2020 dar?

15. Abgeordneter
Johannes Huber
(AfD)
- Ist es nach Kenntnis der Bundesregierung zutreffend, dass im Rahmen der Errichtung einer Bundesgesellschaft (www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/scheuer-autobahn-101.html) für Autobahnen (Autobahn GmbH des Bundes) mehr als 20.000 unbezahlte Rechnungen im Wert von 650 Mio. Euro (www.handelsblatt.com/politik/deutschland/staatsgesellschaften-bauwirtschaft-wartet-auf-650-millionen-euro-von-der-autobahn-gmbh/27014528.html?ticket=ST-2436584-hxUFuDZzcnGbJKOTfaBE-ap3) offen stehen, und falls nein, wie viele offene Forderungen in welcher Höhe stehen derzeit noch aus?
16. Abgeordneter
Johannes Huber
(AfD)
- Welche konkreten Maßnahmen plant die Bundesregierung, um im Zuge der Innovationsförderung und Technologieoffenheit für den verstärkten Einsatz synthetischer Kraftstoffe (www.elektroauto-news.net/2021/verkehrsminister-scheuer-warnt-vo-r-zu-scharfen-co2-vorgaben) bei Autos mit Verbrennungsmotor zu sorgen, um dadurch den Wandel zu nachhaltigeren Antrieben zu erleichtern und die drohende Abwanderungsbewegung in der deutschen Automobilindustrie zu verhindern?
17. Abgeordneter
Oliver Luksic
(FDP)
- Sind der Bundesregierung aktuell Probleme im Hinblick der Autobahn GmbH des Bundes bekannt, und wenn ja, welche Auswirkungen haben diese jeweils auf den Betrieb?
18. Abgeordneter
Oliver Luksic
(FDP)
- Warum verweigert Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer die Zusammenarbeit mit dem Ermittlungsbeauftragten, und wie ist dies mit dem Anspruch „maximal möglicher Transparenz“ des Bundesministers bzw. des Bundesministeriums in Bezug auf den Untersuchungsausschuss Pkw-Maut vereinbar?
19. Abgeordneter
Stefan Schmidt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern plant die Bundesregierung für das laufende Jahr eine Fortführung des ÖPNV-Rettungsschirms, wie sie auch von der Verkehrskonferenz befürwortet wird (vgl. Beschluss der Sonder-Verkehrskonferenz vom 26. Februar 2021), und wie will sie zu einem Abbau des zu verzeichnenden Investitionsstaus im Bereich der kommunalen Verkehrsunternehmen beitragen (KfW-Kommunalpanel 2020, S. 13 f.)?

20. Abgeordneter
Stefan Schmidt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Bundesstraßen in Bayern sind derzeit mit einem Radweg ausgestattet (bitte in Kilometern angeben), und wann plant die Bundesregierung, ein Verfahren zur Zustandserfassung der vorhandenen Radwege an Bundesstraßen fertigentwickelt und in Betrieb genommen zu haben, sodass deutlich wird, in welchem Umfang die vorhandenen Radwege an Bundesstraßen in Bayern sanierungsbedürftig sind (vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Mündliche Frage 53, Plenarprotokoll 19/208)?
21. Abgeordneter
Sven-Christian Kindler
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Kilometer Bundesschienenwege in Niedersachsen sind derzeit (Stand April 2021) mit welchen Glasfaserkabeln (bitte entsprechende Kapazitäten angeben) ausgerüstet?
22. Abgeordneter
Sven-Christian Kindler
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Anteile an den Lkw-Maut-Einnahmen des Bundes im Jahr 2020 erhielten die Städte Braunschweig, Celle, Göttingen, Hannover, Hildesheim, Oldenburg, Osnabrück, Salzgitter und Wolfsburg (bitte jeweilige Summen in Euro differenziert darstellen)?
23. Abgeordnete
Lisa Badum
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung den Bericht des Expertenrats für Klimafragen vom 15. April 2021, der besagt, dass das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur ausschließlich aufgrund des Corona-Lockdowns ihr Klimaziel für 2020 erreicht haben und bei normaler Entwicklung der Treibhausgasemissionen über 10 Prozent mehr CO₂ als erlaubt ausgestoßen hätten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit

24. Abgeordnete
Lisa Badum
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ab welchem konkreten Datum plant die Bundesregierung, die erste Ausschreibung für das Förderprogramm nachhaltiges Anpassungsmanagement (www.bmu.de/pressemitteilung/svenja-schulze-und-kommunale-spitzenverbaende-vereinbaren-dreipunkte-plan-fuer-klimaanpassung-in-komm/) für betroffene Kommunen zu eröffnen, und nach welchen Kriterien entscheidet sich die Ansiedlung des im o. g. Programm angekündigten bundesweit agierenden Beratungszentrums für Städte, Landkreise und Gemeinden?

25. Abgeordneter
Karlheinz Busen
(FDP)
- Sind Städte und Dörfer nach Auffassung der Bundesregierung geeignete Lebensräume für Wölfe, und welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um den zunehmenden Wolfssichtungen und Wolfsbegegnungen in Städten und Dörfern (www.agrarheute.com/land-leben/wolf-weidetiere-situation-niedersachsen-bleibt-angespannt-579923) entgegenzuwirken?
26. Abgeordnete
Judith Skudelny
(FDP)
- Was bedeutet die geplante Pfandausweitung in der Novelle des Verpackungsgesetzes (Bundestagsdrucksache 19/27634) für die Qualität des PET-Stroms in Deutschland?
27. Abgeordnete
Judith Skudelny
(FDP)
- Ist die Akkreditierung von Personenzertifizierungsstellen für den erforderlichen Fachkundenachweis zum Schutz vor schädlichen Wirkungen nichtionisierender Strahlung bei der Anwendung am Menschen nach den §§ 4 ff. der Verordnung zum Schutz vor schädlichen Wirkungen nichtionisierender Strahlung bei der Anwendung am Menschen (NiSV) verpflichtend, wie in der Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 30, Plenarprotokoll 19/220 angedeutet, und wie stellt die Bundesregierung sicher, dass diese Fachkunde rechtzeitig und rechtssicher durch alle Betroffenen erworben werden kann?
28. Abgeordnete
Sylvia Kotting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche verfassungsrechtlichen Bedenken hat die Bundesregierung im Zusammenhang mit der Einführung eines atomrechtlichen In-Camera-Verfahrens (bitte möglichst präzise und fachlich ausführen, vgl. Gegenäußerung der Bundesregierung zur Stellungnahme des Bundesrates am 5. März 2021, Bundesratsdrucksache 63/21), und wie beurteilt sie die in der Stellungnahme des Bundesrates zum Ausdruck gebrachte Meinung der Bundesländer, dass das Bedürfnis nach einem In-Camera-Verfahren in der Hauptsache durch die Normierung des sogenannten Funktionsvorbehalts in § 44 des Gesetzentwurfs nicht entfällt (bitte unter Angabe einer fachlichen Begründung)?

29. Abgeordnete
Sylvia Kotting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Leitet die Bundesregierung aus der jüngsten Guidance der Espoo-Konvention eine UVP-Pflicht für die Laufzeitverlängerung der französischen Reaktoren der 900-MW-Klasse ab (vgl. <https://unecce.org/environmental-policy/events/meeting-parties-espoo-convention-8th-session-and-meeting-parties>), und hat die Bundesregierung die französische Regierung bereits angeschrieben, um im Rahmen der sogenannten „anlagenspezifischen Phase“ der Laufzeitverlängerung dieser 32 Reaktoren um Notifizierung zu bitten (vgl. Forderung von der Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit Svenja Schulze nach einer grenzüberschreitenden Beteiligung, vgl. www.sueddeutsche.de/wirtschaft/frankreich-atomaufsicht-verlaengert-laufzeit-von-alt-meilern-1.5217557 und www.asn.fr/Informer/Actualites/4e-reexamen-periodique-des-reacteurs-de-900-MWe)?
30. Abgeordnete
Carina Konrad
(FDP)
- Wann sollen nach Kenntnis der Bundesregierung die Ergebnisse der im Juni 2018 bis 2021 verlängerten Krefelder Studie veröffentlicht werden, und welche Ergebnisse liegen der Bundesregierung bereits vor (www.topagrar.com/management-und-politik/news/krefelder-insektenforscher-bekommen-mehr-geld-9843220.html)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

31. Abgeordnete
Eva-Maria Schreiber
(DIE LINKE.)
- Inwiefern hat die Bundesregierung Kenntnis darüber, ob es auch in der Saatgutproduktion von Hybridsamen für internationale Saatgutkonzerne mit Sitz in Deutschland wie beispielsweise BASF und Bayer-Monsanto Kinderarbeit gibt und die Arbeit von Frauen systematisch ausgebeutet wird (z. B. Missachtung von Mindestlöhnen), wie dies in der Dokumentation „Das Saatgut-Kartell“ für Fälle von Syngenta und Limagrain in Indien gezeigt wird (www.zdf.de/dokumentation/zdfinfo-doku/das-saatgut-kartell-102.html), und wenn ja, inwiefern ist das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) mit Bayer-Monsanto hierüber im Gespräch, da die Deutsche Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH mit Bayer-Monsanto im Rahmen der BMZ-Sonderinitiative „Eine Welt ohne Hunger“ in Indien kooperiert?

32. Abgeordneter
Dr. Anton Friesen
(AfD)
- Wie viele Mittel welcher Bundesressorts sind seit 2017 für Kooperationen mit der Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung geflossen (bitte nach Haushaltstiteln und Jahren aufschlüsseln; www.brot-fuer-die-welt.de/pressemeldung/2017-risiken-beachten-verbindliche-standards-festlegen/)?
33. Abgeordneter
Ottmar von Holtz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Auswirkungen hat die umstrittene Amtszeitverlängerung des somalischen Präsidenten auf die Entwicklungszusammenarbeit mit Somalia, und inwiefern bietet die Bundesregierung Unterstützung für eine Deeskalation an?
34. Abgeordneter
Ottmar von Holtz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welchen Stand hat die Wiederaufnahme der Entwicklungszusammenarbeit mit Simbabwe, und welche Auswirkungen hat die COVID-19-Pandemie auf die Zusammenarbeit?
35. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Gründe liegen vor, dass die Bundesregierung den vorgegebenen Haushaltsrahmen von bis zu 150 Mio. Euro jährlich nicht annähernd ausgeschöpft hat und damit nach meiner Auffassung ihrem Auftrag nicht nachgekommen ist, durch Schuldenumwandlungen für Entwicklungsländer entwicklungswirksame Projekte zu fördern (vgl. die Antworten auf meine Schriftlichen Fragen 178 und 179 auf Bundestagsdrucksache 19/28338), und welche Anstrengungen plant sie, um künftig die bereitgestellte Summe weitestgehend auszuschöpfen?
36. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Menschen wurden im Rahmen der 9.452 Beratungen, die im Zuge des BMZ-Programms Perspektive Heimat im Zeitraum von 2017 bis 2020 in den Partnerländern (ohne Berücksichtigung der Balkanstaaten) durchgeführt wurden (vgl. Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 32, Plenarprotokoll 19/220), beraten, und zu welchen Anteilen fanden diese 9.452 Beratungen jeweils in den Rückkehrerzentren, telefonisch oder in externen Räumen wie Universitäten und Messen statt (bitte nach Jahren und Beratungsrahmen auflisten)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

37. Abgeordneter
Fabio De Masi
(DIE LINKE.)
- Wie hoch waren die Zinseinnahmen des Bundes durch die Emission von Bundeswertpapieren im ersten Quartal 2021 (bitte Emissionsvolumen und volumengewichtete Durchschnittsrendite mit angeben), und wie hoch war die durchschnittliche Bid-to-Cover-Ratio?
38. Abgeordneter
Fabio De Masi
(DIE LINKE.)
- Verfügen nach Kenntnis der Bundesregierung auch deutsche Kreditinstitute über Kreditexposures gegenüber Archegos Capital Management, und gab es hierzu Vorkehrungen durch die Bankenaufsicht (vgl. www.tagesschau.de/wirtschaft/unternehmen/archegos-hwang-aufsicht-regulierung-milliardenverlust-hedge-fonds-101.html)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat

39. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)
- Welche Angaben müssen nach Kenntnis der Bundesregierung im Rahmen einer „Reueerklärung“ bei der iranischen Botschaft bzw. dem iranischen Konsulat in Deutschland gemacht werden, deren Abgabe laut eines mir vorliegenden Schreibens des Bayerischen Landesamts für Asyl und Rückführungen vom 6. August 2020 im Rahmen der Passbeschaffung obligatorisch sei, wenn die Ausreise „illegal“ war und/oder ein Asylantrag gestellt wurde (bitte ausführen), vor dem Hintergrund, dass dies meines Wissens zusätzlich oder alternativ zur Unterzeichnung einer „Freiwilligkeitserklärung“, die Voraussetzung für die Ausstellung eines Passes oder Laissez-Passer bei der iranischen Botschaft in Deutschland ist, erfolgen kann, und wie wird sichergestellt, dass sensible Informationen über das Asylverfahren der Betroffenen durch das Ausfüllen der „Reueerklärungen“, die nach Auskunft des Bayerischen Landesamts für Asyl und Rückführungen (ebd.) von den jeweiligen Botschaften und Konsulaten an die iranischen Behörden übermittelt würden und dort „statistischen Zwecken“ dienen, nicht zu einem zukünftigen ggf. weiteren Verfolgungsgrund für abgelehnte Asylsuchende werden, etwa wenn diese im Rahmen der „Reueerklärung“ ihre Fluchtgründe oder Details zu ihrem Asylverfahren mitteilen müssen?

40. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Welche Pläne und Überlegungen verfolgt die Bundesregierung hinsichtlich Errichtung und Unterhaltung eines Archivs der im Zusammenhang mit den parlamentarischen Untersuchungen im Bund und verschiedenen Bundesländern zum „Nationalsozialistischen Untergrund“ zusammengetragenen Dokumente (vgl. <https://taz.de/Aufklaerung-des-NSU-Terrors/!5628458/>)?
41. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(DIE LINKE.)
- Inwieweit ist die veränderte Förderpolitik der Stiftung Deutsche Sporthilfe, zum Beispiel über das Projekt „Our house“ (siehe www1.wdr.de/fernsehen/sport-inside/video-bmx-wakeboard-und-co-neue-wege-der-sportfoerderung-100.html) mit der Bundesregierung angesichts der Tatsache, dass die Stiftung Deutsche Sporthilfe nach meiner Ansicht auch vom Bund beträchtliche finanzielle Mittel erhält, abgestimmt, und wie beurteilt die Bundesregierung diese Veränderungen, für die wohlmöglich auch Steuergelder eingesetzt werden?
42. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(DIE LINKE.)
- In welcher Weise ist die Bundesregierung den offensichtlichen Verstößen gegen das Mindestlohn-gesetz bei im Sport beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (siehe sportinside vom 14. März 2021 im WDR zur Betreuung des Fußballnachwuchses der Bundesligaklubs in Nachwuchsleistungszentren durch Minijobber) nachgegangen, und welche Erkenntnisse bzw. Ergebnisse ergeben sich aus diesen Aktivitäten?
43. Abgeordneter
Dr. Anton Friesen
(AfD)
- Wie viele Resettlementplätze stellt Deutschland für das Jahr 2021 zur Verfügung bzw. plant Deutschland, für 2022 zur Verfügung zu stellen, und in welchen weiteren EU-Ländern gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung vergleichbare Programme (<https://resettlement.de/resettlement/>)?
44. Abgeordnete
Filiz Polat
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Aufenthaltstitel haben die fast 30.000 Personen (bitte nach den jeweiligen Aufenthaltstiteln in den Abschnitten 3 und 4 des Aufenthaltsgesetzes differenzieren), die seit dem 1. März 2020 Visa als Fachkräfte oder Auszubildende erhalten haben (www.bmi.bund.de/SharedDocs/kurzmeldungen/DE/2021/02/fachkraefteeinwanderungsgesetz.html), erteilt bekommen, und welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung zu bestehenden Hürden des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes durch die Zentrale Servicestelle Berufsanerkennung?

45. Abgeordneter
Martin Hohmann
(AfD)
- In welchem Umfang ist nach Kenntnis der Bundesregierung die Bevölkerung in deutschen Großstädten wie Berlin, Hamburg oder Frankfurt am Main seit 2015 durch Zuzug angewachsen, sodass sich Behörden zu Maßnahmen wie „Wohnungsbauprogramme“ oder „Mietbremse“ veranlasst sehen?
46. Abgeordnete
Gökay Akbulut
(DIE LINKE.)
- Welche Informationen hat die Bundesregierung darüber, dass Presseberichten zufolge (siehe <https://artigercek.com/haberler/belediye-araciligiy-la-almanya-ya-gidenler-anlatti-gri-pasaport-verildi> und www.haberturk.com/yazarlar/sevilay-yilman-2383/3040273-yildirim-belediyesi-son-andacark-etmis) unter dem Deckmantel des „Projekts zur Ausbildung umweltsensibler Individuen“ (auf Türkisch: „Çevreye Duyarlı Bireyler Yetiştirme Projesi“) eine kriminelle Organisation, bei der mehrere Bürgermeister der AKP eine wichtige Rolle spielen sollen, die gegen Zahlungen von 5.000 bis 8.000 Euro, etwa 1.000 Menschen, einen sogenannten Grauen Pass (Türkisch: Gri pasaport) zur visafreien Einreise nach Deutschland geliehen haben sollen, damit diese Personen nach Ankunft in Deutschland Asyl beantragen, deren „Grauen Pässe“ wieder der kriminellen Organisation zurückgeben, damit diese über den Zoll wieder in die Türkei gebracht werden, und gibt es dazu bereits Ermittlungen in Deutschland?
47. Abgeordnete
Gökay Akbulut
(DIE LINKE.)
- Welche konkreten Kenntnisse hat die Bundesregierung zu einem Unternehmen in Oldenburg, das Presseberichten zufolge (siehe Quellenangaben in Frage 47) an diesem Projekt „zur Ausbildung umweltsensibler Individuen“ beteiligt sein soll, und welche konkreten Verbindungen hat diese nach Kenntnis der Bundesregierung zu den in den Presseberichten (siehe Quellenangaben in Frage 47) genannten AKP-geführten Rathäusern in der Türkei?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

48. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Inwiefern hat die Bundesregierung ein eigenes Interesse daran, hinsichtlich der Möglichkeit völkerrechtswidriger Drohneneinsätze des US-Militärs über die Weisungen des Oberverwaltungsgerichts Münster (Az. 4 A 1361/15, Urteil vom 19. März 2019) hinaus sicherzustellen, dass diese Verletzungen des Völkerrechts nicht auf dem Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland verübt werden (bitte dieses Interesse darstellen), und wie gewichtet die Bundesregierung außen-, bündnis- und verteidigungspolitische Belange gegenüber der zweifelsfreien Einhaltung des Völkerrechts auf ihrem Hoheitsgebiet hinsichtlich der Garantie, dass dieses Recht nicht unter Nutzung deutschen Staatsgebietes verletzt wird und sei es auch mittelbar, beispielsweise durch die Weiterleitung von Daten über eine dort befindliche Relaisstation für die in Rede stehenden Drohneneinsätze?
49. Abgeordneter
Dr. Alexander S. Neu
(DIE LINKE.)
- Inwiefern finden nach Kenntnis der Bundesregierung und nachgeordneter Behörden Übungen des US-Militärs in der Ukraine gesondert oder gemeinsam mit ukrainischen Militär- und/oder Sondereinheiten, auch im Zusammenhang mit dem US-Manöver „DEFENDER-Europe 21“, statt, und wie verhält sich die Bundesregierung zur ultimativen Forderung der Ukraine, vorgebracht vom Botschafter der Ukraine in der Bundesrepublik Deutschland, nach einer Aufnahme in die NATO, andernfalls müsse die Ukraine dann selbst aufrüsten, vielleicht auch über einen nuklearen Status wieder nachdenken (www.deutschlandfunk.de/russlands-truppenverlegung-ukrainischer-botschafter-wir.694.de.html?drama:article_id=495718)?
50. Abgeordneter
Manuel Sarrazin
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Beabsichtigt die Bundesregierung vor dem Hintergrund der schweren Menschenrechtsverletzungen in Belarus, europäischen Finanz- und Versicherungsunternehmen Geschäfte mit belarussischen Staatsanleihen zu untersagen, wenn ja, inwiefern, und wenn nein, warum nicht (www.sueddeutsche.de/wirtschaft/belarus-allianz-1.5238537; www.badische-zeitung.de/hilfe-fuer-lukaschenko--201039557.html)?

51. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)

Inwieweit verstößt Großbritannien nach Auffassung der Bundesregierung mit der angekündigten Erweiterung seiner Atomwaffenkapazität, wonach die bislang bis Mitte dieses Jahrzehnts vorgesehene Begrenzung der Anzahl von Atomsprengköpfen von 180 auf bis zu 260 erhöht werden soll (dpa vom 17. März 2021), gegen die Abrüstungsverpflichtungen in Artikel VI des Nichtverbreitungsvertrages (NVV; www.icanw.de/neuigkeiten/grossbritannien-erweitert-atomwaffenarsenal/), und inwieweit setzt sich die Bundesregierung gegenüber ihrem NATO-Bündnis-Partner Großbritannien dafür ein, die den Vereinbarungen des NVV Medienberichten zufolge entgegenlaufende und sich nachteilig auf die globale Stabilität und die Bemühungen um eine atomwaffenfreie Welt auswirkende atomare Aufrüstung zu stoppen (dpa vom 17. März 2021), insbesondere, da die in diesem Jahr stattfindende Überprüfungskonferenz laut Bundesregierung die Chance geben könne, den Worten Taten folgenden zu lassen und entscheidende Schritte auf dem Weg zum gemeinsamen Ziel einer Welt ohne Kernwaffen zu gehen (www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/maas-genf-abruestung/2443240/)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Wirtschaft und Energie**

52. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Befürwortet die Bundesregierung infolge der durch den Bundesgerichtshof (BGH) bestätigten Verurteilungen und Erlöseinziehung im Heckler- & Koch-Fall – wobei zwei Mitarbeiter von Heckler & Koch nach dem Außenwirtschaftsgesetz (AWG) wegen „bandenmäßiger Ausfuhr von Gütern aufgrund erschlichener Genehmigung“ zu Bewährungsstrafen nun rechtskräftig verurteilt sind, aber die von der Staatsanwaltschaft geforderte zusätzliche Verurteilung nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz (KrWaffKontrG) vom BGH abgelehnt wurde, weil im KrWaffKontrG das Erschleichen von Genehmigungen nicht strafbar sei (dpa vom 30. März 2021) – eine dahingehende Änderung im KrWaffKontrG, dass das Erschleichen von Genehmigungen nach diesem Gesetz analog zum AWG strafbar ist, und kann die Bundesregierung inzwischen einen Zeitpunkt nennen, wann die nach der zweijährigen Pilotphase im Mai 2019 begonnene Evaluierung des Instruments der Post-Shipment-Kontrollen beendet sein wird (Plenarprotokoll 19/172, Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 44)?
53. Abgeordneter
Christian Kühn
(Tübingen)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Maßnahmen plant die Bundesregierung gegen die Lieferengpässe von diversen Bauprodukten (www.rnd.de/wirtschaft/am-bau-wird-material-knapp-und-teuer-preiserhohungen-um-bis-zu-50-prozent-moglich-YSVZK2R3JPDKDAHQRHFQTUOX4M.html), und wenn keine, warum nicht?
54. Abgeordneter
Christian Kühn
(Tübingen)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Maßnahmen plant die Bundesregierung gegen die Kostensteigerungen von diversen Bauprodukten (www.rnd.de/wirtschaft/am-bau-wird-material-knapp-und-teuer-preiserhohungen-um-bis-zu-50-prozent-moglich-YSVZK2R3JPDKDAHQRHFQTUOX4M.html), und wenn keine, warum nicht?
55. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Photovoltaik-Anlagen wurden bis heute (16. April 2021) nicht in das Marktstammdatenregister eingetragen (bitte auch prozentualen Anteil angeben), und wie geht die Bundesnetzagentur mit den nicht angemeldeten Anlagen um, sofern sie nicht im EEG 2021 sanktionsbefreit wurden?

56. Abgeordnete
Dr. Julia Verlinden
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Fanden zur Erarbeitung eines Förderprogramms für die Umstellung von Kohlekraftwerken auf Gas oder Biomasse Treffen zwischen der Bundesregierung und Vertreterinnen und Vertretern der Wirtschaft statt (bitte Teilnehmende, Zeitpunkt, Ergebnisse der letzten vier Treffen angeben), und fanden auch Treffen mit Vertreterinnen und Vertretern von Umweltverbänden statt (bitte Teilnehmende, Zeitpunkt, Ergebnisse der letzten vier Treffen angeben)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz

57. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Wann haben die zuständigen Bundesbehörden die italienischen Behörden nach dem Tod des Attentäters vom Breitscheidplatz in Berlin um Übergabe der dort verbliebenen Asservate wie Tatwaffe, Bekleidung usw. nach Deutschland zur Untersuchung ersucht, und seit wann werden diese Asservate nunmehr durch die zuständigen Bundesbehörden in Deutschland untersucht (www.heise.de/tp/features/Amris-Pistole-soll-jetzt-doch-in-Deutschland-untersucht-werden-6000240.html)?
58. Abgeordnete
Dr. Manuela Rottmann
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Plant die Bundesregierung, wie in den Zeilen 6195 ff. des Koalitionsvertrags zwischen CDU, CSU und SPD festgehalten, noch in dieser Legislaturperiode gesetzliche Rahmenbedingungen für die Berufszulassung und -ausübung von Insolvenzverwalterinnen und Insolvenzverwaltern sowie Sachwalterinnen und Sachwaltern zu regeln, und sieht die Bundesregierung mit Blick auf die Richtlinie (EU) 2019/1023 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 über präventive Restrukturierungsrahmen, über Entschuldung und über Tätigkeitsverbote sowie über Maßnahmen zur Steigerung der Effizienz von Restrukturierungs-, Insolvenz- und Entschuldungsverfahren und zur Änderung der Richtlinie (EU) 2017/1132 (Richtlinie über Restrukturierung und Insolvenz) weiteren Regelungsbedarf bezüglich des Berufsrechts von Restrukturierungsbeauftragten und Sanierungsmoderatorinnen und Sanierungsmoderatoren, und wenn nein, wieso nicht?

59. Abgeordnete
Eva-Maria Schreiber
(DIE LINKE.)
- Unterstützt die Bundesregierung die Forderung des Chefs des Biotech-Unternehmens Curevac in Tübingen nach einer kurzfristigen Aussetzung der Patente auf COVID-19-Impfstoffe und -Medikamente gemäß der Empfehlung der Welthandelsorganisation (WTO) und des TRIPS Waiver, um die Forschung und Produktion von Impfstoffen weltweit zu beschleunigen (siehe www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.kampf-gegen-corona-curevac-patent-e-fuer-impfstoffe-aussetzen.568f0c24-6dd1-4724-a46f-8683d53c8444.html), vor dem Hintergrund, dass das Unternehmen 300 Mio. Euro an staatlichen Geldern für seine Impfstoffentwicklung und -produktion erhalten hat und die staatliche Entwicklungsbank KfW sich Anteile in Höhe von 23 Prozent gesichert hat (siehe www.bmwi.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2020/20200615-bundesregierung-beteiligt-sich-mit-300-millionen-euro-an-curevac.html#:~:text=Die%2BKfW%20wird%20damit%20einen,Markt%20zur%20Ver%C3%BCgung%20zu%20stellen), und erwägt sie entsprechend, die Initiative Südafrikas und Indiens bei der WTO zur Patentfreigabe zu unterstützen?
60. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wird die Bundesregierung als Reaktion auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Berliner Mietendeckel (www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2021/bvg21-028.html) nun schnellstmöglich und noch in dieser Legislaturperiode entweder den Ländern explizit regionale Regulierungen der Wohnungs- und Gewerbemieten ermöglichen oder selbst im bundesweiten Mietrecht den vom Land Berlin beabsichtigten Schutz der Mieterinnen und Mieter vor Mieterhöhungen und zum Beispiel eine Obergrenze für Mieten einführen, und falls nicht, warum nicht?
61. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Plant die Bundesregierung, zur Bekämpfung von Cyberstalking zusätzlich zur Änderung des § 238 des Strafgesetzbuches auch etwas gegen sogenannte Stalkerware zu unternehmen (siehe dazu www.spiegel.de/netzwelt/apps/stalkerware-welche-apps-gibt-es-wie-kann-man-sich-schuetzen-a-ae8c77a5-da62-420a-a62f-0729bd8201b0), zum Beispiel im Sinne einer Kennzeichnungs- oder Benachrichtigungspflicht solcher Software auf dem Gerät des Benutzers?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit
und Soziales**

62. Abgeordnete
**Sabine
Zimmermann
(Zwickau)
(DIE LINKE.)**
- Wie stellte sich nach Kenntnis der Bundesregierung jeweils in den Jahren von 2009 bis 2020 im Jahresdurchschnitt die Anzahl der Personen dar, die unter die Sonderregelung nach § 53a Absatz 2 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II) fallen?
63. Abgeordnete
**Sabine
Zimmermann
(Zwickau)
(DIE LINKE.)**
- Wie hoch waren nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2019 und 2020 die absolute Zahl Arbeitsloser sowie die Arbeitslosenquote ziviler Erwerbspersonen in Sachsen jeweils insgesamt sowie für Personen im Alter von 15 bis 25 Jahren, und wie hoch waren nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2019 und 2020 bundesweit die absolute Zahl Arbeitsloser sowie die Arbeitslosenquote ziviler Erwerbspersonen, jeweils für Personen im Alter von 15 bis 25 Jahren?
64. Abgeordneter
**Andrej Hunko
(DIE LINKE.)**
- Welche Höhe haben aktuell die Versorgungsleistungen, die ehemalige Mitglieder der „Blauen Division“ bzw. deren Hinterbliebene auf Grundlage des deutsch-spanischen Vertrags vom 29. Mai 1962 erhalten (bitte entsprechend der Antwort der Bundesregierung zu Frage 2 auf Bundestagsdrucksache 18/6541 aufschlüsseln), und wie viele der Anträge für Versorgungsleistungen auf Grundlage des deutsch-spanischen Vertrags wurden nach Kenntnis der Bundesregierung gemäß § 1a des Bundesversorgungsgesetzes abgelehnt, weil die antragstellenden Personen bzw. die Personen, von denen Antragstellende ihre Berechtigung auf Versorgung ableiteten, während der Herrschaft des Faschismus in Deutschland gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder der Rechtsstaatlichkeit verstoßen haben?
65. Abgeordnete
**Filiz Polat
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)**
- Wie plant die Bundesregierung unter Berücksichtigung des Beschlusses des Landessozialgerichts Niedersachsen-Bremen vom 4. Februar 2021 – Az. L 8 AY 118/20 B ER A – sicherzustellen, dass Angehörigen der Volksgruppe der Roma, die einstmals im Kosovo gelebt hatten, Leistungen nach § 2 des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) nicht verweigert werden bzw. ihnen keine Leistungskürzungen drohen, wenn aufgrund der Nichtregistrierung in Nachfolgestaaten Jugoslawiens eine Passbeschaffung nicht möglich ist?

66. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)
- Wie wird die Leistungskürzung nach § 11 Absatz 2a AsylbLG begründet in Fällen, in denen Asylsuchende es nicht zu vertreten haben, dass noch kein Ankunftsnachweis erteilt wurde und es ausschließlich den Behörden zuzurechnen ist, dass noch keine erkennungsdienstliche Behandlung und Umverteilung in die zuständige Aufnahmeeinrichtung erfolgt ist, wodurch nach meiner Auffassung Betroffene für behördliche Versäumnisse oder in Fällen, in denen eine Umverteilung z. B. wegen aktueller Reiseunfähigkeit oder Krankheit nicht möglich ist, in unzulässiger Weise sozialrechtlich sanktioniert werden (vgl. www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/Gesetze/Stellungennahmen/drittes-gesetz-zur-aenderung-des-asylbewerberleistungsgesetzes-fluechtlingsrat.pdf, Seite 8 f.), und wie erklärt die Bundesregierung, dass es in der Fachliteratur gelungen ist (vgl. Schwabe, Einzelbeiträge aus den Leistungssätzen für Grundleistungen nach dem AsylbLG ab 1. Januar 2021, in: Zeitschrift für das Fürsorgewesen, 2/2021, S. 29 ff.), den prozentualen Umfang der Leistungskürzungen nach § 1a Absatz 1 Satz 2 AsylbLG in Höhe von 47 Prozent zu berechnen, was die Bundesregierung als „nicht möglich“ bzw. „nicht belastbar“ bezeichnet hatte (vgl. Bundestagsdrucksache 19/26032, Antwort zu Frage 7; bitte begründen)?
67. Abgeordneter
Alexander Kulitz
(FDP)
- Wie will die Bundesregierung sicherstellen, dass das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) Kontrollen des Sorgfaltspflichtengesetzes im Ausland durchführen kann, insbesondere, wenn Länder die Einreise von Beamten zu Kontrollzwecken nicht gestatten?
68. Abgeordneter
Alexander Kulitz
(FDP)
- Muss eine Gewerkschaftsbildung im Sinne von Artikel 1 § 2 Absatz 2 Nummer 5 des Sorgfaltspflichtengesetzes (Referentenentwurf des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, Entwurf eines Gesetzes über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten in Lieferketten) de jure oder de facto möglich sein, und wie möchte die Bundesregierung vermeiden, dass deutsche Unternehmen Investitionen aus Ländern abziehen, in denen eine Gewerkschaftsgründung nicht oder nur als Pseudogewerkschaft möglich ist?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der
Verteidigung**

69. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Wie viele lokale zivile Ortskräfte arbeiten zurzeit für die und mit der Bundeswehr in Afghanistan, und wie viele davon haben einen Asylantrag in Deutschland gestellt?
70. Abgeordneter
Dr. Alexander S. Neu
(DIE LINKE.)
- Warum beendet die Bundesregierung nicht die Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland und der Bundeswehr am US-Manöver „DEFENDER-Europe 21“ (www.europeafrica.army.mil/DefenderEurope/) in Anbetracht des Umstandes, dass nach regierungsamtlicher Darstellung (www.bundesregierung.de/breg-de/themen/coronavirus) und derjenigen des der Bundesregierung nachgeordneten Robert Koch-Instituts (www.rki.de/DE/Home/homepage_node.html) die Verbreitung von COVID-19 weiterhin zunimmt, und sie zusätzlich infolge der manöverbedingten Truppen- und Materialverlegung quer durch Europa in die Balkanländer, welche besonders stark von COVID-19 (www.ard-wien.de/2021/03/26/corona-dritte-welle-trifft-die-westbalkanlaender-hart/), aktuelle länderbezogene Angaben unter <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>) betroffen sind, zuzunehmen droht, wodurch nach meiner Auffassung wiederum die Gefährdung nicht nur der Angehörigen der Bundeswehr, sondern auch der Allgemeinbevölkerung in Deutschland eben durch die grenzüberschreitenden Truppenbewegungen und die daraus resultierenden Gefahren einer Verbreitung der COVID-19-Erreger außerordentlich steigen muss, zumal im Jahr 2020, als COVID-19 gerade erst am Anfang stand und Infektions- und Opferzahlen noch weit von den aktuellen Dimensionen entfernt waren, dennoch das damalige US-Manöver „DEFENDER-Europe 20“ und die deutsche Beteiligung daran aus Gründen des Infektions- und Bevölkerungsschutzes faktisch abgebrochen wurde?
71. Abgeordneter
Tobias Pflüger
(DIE LINKE.)
- Welche laufenden Verträge bzw. Vorabsprachen für zukünftige Verträge hat die Bundeswehr mit der israelischen Rüstungsfirma Rafael Advanced Defense Systems Ltd. geschlossen, und ist der Bundesregierung bekannt, inwiefern der Waffenhersteller erwägt oder plant, die insolvente deutsche Drohnenfirma EMT Ingenieurgesellschaft Dipl.-Ing. Hartmut Euer mbH und damit auch die Verpflichtung zur Auslieferung der Drohnen „LUNA NG“ an die Bundeswehr zu übernehmen (vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Mündliche Frage 68, Plenarprotokoll 19/214)?

72. Abgeordneter
Tobias Pflüger
(DIE LINKE.)
- Wie interpretiert die Bundesregierung die am 25. März 2021 veröffentlichten Ergebnisse der MINUSMA-Untersuchung, die feststellte, dass es sich bei den 22 Getöteten um Teile einer Hochzeitsgesellschaft handelte (<https://news.un.org/en/story/2021/03/1088722>), und wie positioniert sich die Bundesregierung dazu, dass die französische Regierung weiterhin den UN-Bericht als unglaubwürdig zurückweist (www.faz.net/aktuell/politik/ausland/streit-zwischen-paris-und-un-ueber-bombenangriff-in-mali-17272447.html)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft

73. Abgeordnete
Carina Konrad
(FDP)
- In welchem Rahmen plant die Bundesregierung, für 2024 die Wirksamkeit der neuen Instrumente für den Umweltschutz zu evaluieren, die im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) eingeführt werden sollen (www.bmu.de/pressemitteilung/schulze-umweltleistungen-der-landwirtschaft-werden-endlich-staerker-honoriert/)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

74. Abgeordneter
Bernd Reuther
(FDP)
- Wie viele Reiserückkehrer lassen sich nach Kenntnis der Bundesregierung nach der Einreise an Flughäfen testen?
75. Abgeordneter
Tobias Matthias Peterka
(AfD)
- Ist in der neuerlichen Positionierung des Bundesministers für Gesundheit, die darin besteht, mehr Freiheiten für vollständig gegen das Coronavirus Geimpfte in Aussicht zu stellen (<https://merkur.de/politik/jens-spahn-corona-impfung-deutschland-bund-laender-lockerungen-zr-90457214.html>, zuletzt abgerufen am 15. April 2021), eine offizielle Abkehr von der bisherigen Strategie der Freiwilligkeit von Impfungen zu sehen (<https://kma-online.de/aktuelles/politik/detail/herdenimmunitaet-durch-freiwillige-corona-impfung-erreichbar-a-43967>, zuletzt abgerufen am 15. April 2021), und welche konkreten Freiheiten sind damit gemeint?

76. Abgeordneter
Tobias Matthias Peterka
(AfD)
- Mit welchen konkreten Maßnahmen und anhand welcher Kriterien stellt die Bundesregierung sicher, dass das im Rahmen des geplanten „Digitale-Versorgung-und-Pflege-Modernisierungs-Gesetzes“ der Bundesregierung vorgezeichnete Gesundheitsportal des Bundes nicht die Grenzen der zulässigen Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung verlässt und nicht mit dem Verbot staatlicher Medien konfligiert, wie von Kritikern vorgeworfen wird (<https://tagesspiegel.de/gesellschaft/medien/neue-kritik-am-gesundheitsportal-des-bundes-fataler-tabubruch/27094444.html>, zuletzt abgerufen am 15. April 2021)?
77. Abgeordnete
Maria Klein-Schmeink
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie ist es zu erklären, dass die Bundesregierung in ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Thema „Wissenstand, Versorgungsangebote und Forschungsbemühungen zu Long-COVID“ auf Bundestagsdrucksache 19/27504 geantwortet hat, dass in Deutschland noch keine eigenen Daten zur Anzahl der Patientinnen und Patienten mit Spät- und Langzeitfolgen infolge ihrer COVID-19-Erkrankung sowie zu besonders betroffenen Altersgruppen vorlägen, während sie am 14. April 2021 auf dem Twitterprofil des Bundesgesundheitsministeriums in einem Video zu Long-COVID erklärte, dass laut einer Schätzung der Deutschen Gesellschaft für Pneumologie und Beatmungsmedizin (DGP) etwa 10 Prozent aller COVID-19-Erkrankten mit Langzeitfolgen zu kämpfen haben?
78. Abgeordnete
Maria Klein-Schmeink
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Maßnahmen will die Bundesregierung ergreifen, um die Impfung von Kindern und Jugendlichen gegen COVID-19 baldmöglichst durchführen zu können, insbesondere, nachdem BioNTech und Pfizer Inc. in den USA eine Erweiterung der Notfallzulassung ihres COVID-19-Impfstoffs Tozinameran (Comirnaty®) für Jugendliche zwischen 12 und 15 Jahren beantragt haben und in Europa bald ein Antrag folgen soll, und ab wann plant die Bundesregierung konkret, Kinder und Jugendliche gegen COVID-19 zu impfen?

79. Abgeordnete
Pia Zimmermann
(DIE LINKE.)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus den Hinweisen des Weltbunds der Pflegekräfte (International Council of Nurses, ICN), der am Montag, dem 12. April 2021, davor gewarnt hatte, dass Pflegekräfte durch die verschlechterten Arbeitsbedingungen während der Pandemie den Beruf massenhaft verlassen wollen (www.icn.ch/news/covid-19-pandemie-one-year-icn-warns-exodus-experienced-nurses-compounding-current-shortages), hinsichtlich des hiesigen Arbeitsmarkts für Pflegekräfte, und welche Maßnahmen können Pflegekräfte von der Bundesregierung erwarten, um ihre Arbeitsbedingungen zu verbessern?
80. Abgeordnete
Pia Zimmermann
(DIE LINKE.)
- Welche eigenen Untersuchungen stellt die Bundesregierung an bzw. hat sie beauftragt, um zu überprüfen, wie die Zufriedenheit im Pflegeberuf (bitte gesondert ausweisen, wenn jeweils nur Alten- oder nur Krankenpflege untersucht wird) verbessert und somit ein Verbleib der Pflegepersonen im Berufsfeld gesichert werden kann?
81. Abgeordnete
Kordula Schulz-Asche
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie hoch sind – nach Kenntnis der Bundesregierung – die monatlichen, finanziellen Einbußen von Hauptpflegepersonen im Durchschnitt (bitte aufschlüsseln nach Altersgruppen 20 bis 29, 30 bis 39, 40 bis 49, 50 bis 59 und ab 60 Jahren), und worin sieht die Bundesregierung diese Einbußen begründet?
82. Abgeordnete
Kordula Schulz-Asche
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie hoch ist – nach Kenntnis der Bundesregierung – der wöchentliche Zeitaufwand für private Pflegearbeiten von Hauptpflegepersonen im Durchschnitt (bitte aufschlüsseln nach Pflegegraden)?
83. Abgeordneter
Karsten Klein
(FDP)
- Wie lauten die Empfehlungen, die die Bundesregierung den Bundesländern seit Beginn der Impfkampagne im Dezember 2020 zu den verschiedenen Corona-Impfstoffen mitgeteilt hat, die die Vorratshaltung bzw. Zurückstellung eines bestimmten prozentualen Anteils der ausgelieferten Impfdosen für die Zweitimpfung betreffen, und wann ergingen diese Empfehlungen jeweils an die Länder?

84. Abgeordneter
Karsten Klein
(FDP)
- Wurde die Bundesregierung vorab über die Unterzeichnung eines Vorvertrags für den Corona-Impfstoff Sputnik V durch die Bayerische Staatsregierung informiert, und wie bewertet die Bundesregierung einen Alleingang eines Bundeslandes auf europäischer Ebene sowie innerhalb Deutschlands bei der Beschaffung von Impfstoffen, auch vor dem Hintergrund, dass laut einem Beschluss der Länder der Bund die Impfstoffbeschaffung regelt (www.merkur.de/bayern/corona-soeder-sputnik-bayern-vorstoss-alleingang-kritik-ema-spahn-news-aktuell-impfen-zr-90397058.html)?
85. Abgeordneter
Martin Hohmann
(AfD)
- Wie viele Menschen erkranken und/oder sterben jedes Jahr nach Kenntnis der Bundesregierung in Deutschland an sogenannten Krankenhauskeimen, also an Mikroorganismen, die eine nosokomiale Entzündung hervorrufen?

